

15.01.2016

# „No Border - No Nation?" Die Linken und die Nation

Vortrag im Marx-Engels-Zentrum Berlin am 15.01.2016

Einer meiner inzwischen 761 „Facebook-Freunde“ fragte mich vor kurzem, ob wir uns 'mal verabreden könnten. Er habe immer mal wieder Texte von mir gelesen und würde mich jetzt auch gerne persönlich kennenlernen. Ich antwortete, dass ich dazu gern bereit sei. Einen Tag darauf kam eine weitere Mail von ihm. Und die möchte ich hier zitieren:

„Kleine Frage an Dich - nur mal kurz vorweggeschickt: Wir sind ja beide der Meinung, dass es im gegebenen Rechtsrahmen mehr Souveränität auf der einzelstaatlichen Ebene (weg von der EU-Ebene) geben sollte. Du sprichst hierbei gerne und dezidiert von der 'nationalen Souveränität' - Dich auf die französische Revolution usw. berufend. Das stößt bei Linken natürlich auf Widerstände, weil spätestens mit Aufkommen des Völkischen ja die Nation auch (gerade in Deutschland) ganz anders und kulturell-homogen, andere ausschließend belegt ist. Ich überlege, ob wir anstatt von 'nationaler Souveränität' nicht lieber von 'demokratischer Souveränität' sprechen sollten, wenn wir beschreiben wollen, worum es uns geht, bzw. von 'einzelstaatlicher Souveränität', wenn wir den geologisch-politischen Rahmen beschreiben. Macht zusammen eine 'demokratische Souveränität auf einzelstaatlicher Ebene'. Dann hätten wir das 'Nationale' mit all seinen völkischen Assoziationen außen vor. Was hältst Du davon?

Ich antwortete meinem Facebook-Freund wie folgt: "Ich denke, man kann unterschiedliche Begriffe für die gleiche Sache gebrauchen. Wir sollten uns aber nicht vorschreiben lassen, nur dieses oder jenes Wort zu verwenden und keine anderen. Gegen die Verwendung des Wortes Nation oder national spricht gar nichts. Sonst dürften wir ja auch nicht mehr von den Vereinten Nationen reden, das wäre doch aber absurd, nicht wahr? Der Begriff Nation hat weiterhin eine positive Bedeutung. Darauf sollten wir bestehen. Wir sollten zudem aufpassen, dass uns nicht von selbsternannten Wächtern der politischen Sprache Wort und Wort entwendet wird. Wahre Souveränität in der politischen Diskussion zeigt sich in der Fähigkeit, Begriffe mit den eigenen Inhalten zu besetzen und zu verteidigen. Wer dazu nicht in der Lage ist, belegt einzelne Worte mit einem Bann und fühlt sich dann auch noch anderen moralisch überlegen. Das ist aber eine vollkommen hilflose Position."

Darauf bekam ich von ihm keine Antwort. Auch unser geplantes Treffen kam nicht zustande. Warum wohl?

Dieser kleine Mailwechsel zeigt das Problem: „No border - No Nation“ ist nicht nur eine politische Wunschvorstellung unter vielen Linken, die Formel enthält zugleich auch Sprech- ja Denkverbote. Weder über Grenzen und Nationen darf positiv gesprochen werden, und mehr noch: Über Grenzen und Nationen soll auch nicht mehr positiv gedacht werden dürfen. Beide Begriffe haben wir als positiv besetzte Worte und Werte aus unserem Sprachschatz und aus unserem Denken zu streichen. Und wer das nicht tut, der wird von einer Sprachenpolizei, die sich längst auch in linken Diskussionszusammenhängen, in linken Parteien und in linken Publikationen etabliert hat, daran unsanft erinnert. Wer dann noch weiterhin an diesen Begriffen festhält, der wird aus der linken Gemeinschaft ausgeschlossen, geächtet und diffamiert. Er kann dann von Glück sprechen, wenn er nur totgeschwiegen wird. Und manches Mal verliert man eben die Lust daran, sich mit einem solchen Menschen zu treffen. Wie im zuvor beschriebenen Fall.

Es ist also allerhöchste Zeit, dass wir uns mit diesen Fragen beschäftigen!

„No Border - No Nation“ ist nicht nur eine Parole, die leider von vielen Linken hochgehalten wird. Dies allein ist schon schlimm genug. Viel gravierender ist aber, dass es die Parole auch der Europaenthusiasten, der glühenden Verfechter einer die Nationalstaaten ausschaltenden Europäischen Union ist.

Was „borders“, also Grenzen angeht, so ist die Sache klar: Im Schengenraum sollen sie zwischen den Mitgliedsstaaten der EU - also bei den sogenannten Binnengrenzen - immer mehr an Bedeutung verlieren. Der freie Verkehr von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital (das sind die vier liberalen Grundfreiheiten des EU-Binnenmarktes) darf nicht beeinträchtigt werden. Personenkontrollen an den Binnengrenzen soll es daher nur in begründeten Ausnahmefällen geben dürfen. Sie sind dann auch nur zeitlich befristet möglich. Über beides wacht die Europäische Kommission. Wir erleben in diesen Tagen die Kontroversen über Personenkontrollen an einigen Binnengrenzen, etwa an der deutsch-österreichischen und an der deutsch-dänischen Grenze, um hier nur zwei Beispiele herauszugreifen.

Natürlich ist die weitgehende Aufhebung der Binnengrenzen keineswegs gleichzusetzen mit der Ablehnung von Grenzen überhaupt. An den Rändern der Europäischen Union will man sie sehr wohl aufrechterhalten. Dort sollen sie sogar weiter ausgebaut und besser gesichert werden. Dafür rüstet man die Grenzschutzagentur Frontex auf, und dafür soll künftig eine neu zu schaffende europäische Grenzpolizei sorgen. Diese Grenzpolizei soll - zumindest wenn es nach der Europäischen Kommission geht - künftig auch gegen den Willen eines Mitgliedsstaats an dessen Außengrenzen stationiert werden dürfen. Die europäische

Diskussion über eine angebliche Aufhebung von Grenzen ist daher durch und durch heuchlerisch!

Die Möglichkeit der Stationierung der europäischen Grenzpolizei auch ohne Einwilligung des betroffenen Mitgliedstaates stellt eine massive Einschränkung der Souveränitätsrechte dieses Staates dar und ist von den europäischen Verträgen nicht gedeckt. Doch eine solche Aushöhlung nationaler Souveränitätsrechte ist ausdrücklich gewollt, soll doch der Ausbau und die Stärkung der EU stets auf Kosten der Rechte der in ihr zusammengeschlossenen Nationalstaaten erfolgen.

Diese „Europäisierung“ wird begleitet und gefördert von vielfältigen ideologischen Kampagnen. Die Organisationen, die sie tragen sind um ein vielfaches politisch mächtiger und finanziell stärker als die Gruppen unter den Linken, die die Parole „No Border - No Nation“ auf ihren selbstgemalten Plakaten hochhalten.

Ich will hier zur Illustration eine Initiative herausgreifen, die sich im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament 2014 gebildet hatte.

„Im Oktober 2012 legten die beiden Europapolitiker Daniel Cohn-Bendit und Guy Verhofstadt unter dem Titel 'Für Europa! Ein Manifest' eine Streitschrift vor, in der sie zu nichts Geringerem als 'einer veritablen Revolution' aufrufen, aus der eine 'europäische föderale Union' hervorgehen soll. Bei dem Manifest handelt es sich nicht bloß um eine weitere Publikation in der langen Reihe pro-europäischer Schriften, es ist vielmehr Teil einer pro-europäischen Kampagne, in der die Eurokrise zu einer Offensive für ein Mehr an Europa genutzt werden soll. Das Manifest gleichzeitig auf Deutsch, Englisch, Französisch, Italienisch, Niederländisch und Spanisch. Auf Vortragsreisen stellen es die beiden Autoren vor. Unterstützt wird die Kampagne von der Spinelli-Gruppe, einer im Herbst 2010 gegründeten Initiative, die sich zum Ziel gesetzt hat, föderalistische, d.h. proeuropäische Bewegungen zu fördern. Zur Spinelli-Gruppe, deren Mitglieder die beiden Autoren sind, gehören der ehemalige italienische Ministerpräsident Mario Monti und der frühere Präsident der Europäischen Kommission, Jacques Delors. Aus Deutschland sind der ehemalige Bundesaußenminister Joseph Fischer, der Soziologe Ulrich Beck, die Sozialdemokratin Gesine Schwan und der CDU-Abgeordnete Elmar Brok dabei. Auf der Website der der Spinelli-Gruppe wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sie von der Bertelsmann-Stiftung unterstützt wird.“<sup>[1]</sup> Daniel Cohn-Bendit war Co-Vorsitzende der Fraktion Die Grünen/Europäische Freie Allianz im Europäischen Parlament. Guy Verhofstadt war von 1999 Ministerpräsident Belgiens und ist Vorsitzender der liberalen Fraktion ALDE im Europäischen Parlament.

Die beiden Autoren widmen sich in ihrem Manifest ausführlich jenen Kräften, die sie dafür verantwortlich machen, dass ihre Vision von einem einigen europäischen Staat nicht so

schnell Wirklichkeit werden will. Schuld daran sind ihrer Meinung nach die Nationalstaaten. Sie sind – so wörtlich: die „Unheilspropheten, die in eine Zeit der alten nationalen Sicherheiten zurückwollen.“

Der Grüne Cohn-Bendit und der liberale Verhofstadt fragen in ihrem „Für Europa-Manifest“: „Ist die homogene Nation nicht ein reines Wahnbild, losgelöst von der Wirklichkeit?“ Schließlich gehen sie soweit, die Nation mit dem Rassismus der Nazis zu verknüpfen: 'Die europäische Vernunft, die europäische Idee sind heute fast erloschen. Das Geschwür des Nationalismus hat sie dauerhaft infiziert. In den Gaskammern von Auschwitz und Treblinka sind die kosmopolitischen und die kulturellen Ideale Europas verlorengegangen. Durch Nationalisten und Populisten ist aus dem ethnischen und kulturellen Schmelztiegel Europa eine eintönige Ansammlung monokultureller und monoethnischer Inseln geworden. (...) Von der Durchmischung der Sprachen, Kulturen und Religionen, die zu so viel Phantasie und Vernunft führte, ist im Bauch Europas nur wenig geblieben, seit die sprühende Vielfalt auf dem Altar der bornierten nationalistischen Ideen geopfert wurde.' [2]

Damit sind auch die Verantwortlichen für die „Gaskammern von Auschwitz und Treblinka“, also für den Faschismus, klar benannt: Verantwortlich sind die Nationalstaaten. Sie müssen auch heute bekämpft werden, erheben sie doch immer wieder aufs Neue ihr böses Haupt. Und am besten bekämpft man sie, in dem man sie durch die EU entmachtet und dann Schritt um Schritt auflöst.

Als Handelnde benennen die beiden Autoren ausdrücklich „Nationalisten und Populisten“, die für das „Geschwür des Nationalismus“ und damit in letzter Instanz sozusagen auch für die „Gaskammern“ verantwortlich waren und denen man daher auch heute misstrauen muss.

Hinterfragen wir also kritisch die Thesen von Cohn-Bendit und Verhofstadt:

Zunächst fällt auf, dass der Faschismus bei ihnen nicht etwa als eine „Form bürgerlicher Herrschaft“ (wie es Reinhard Kühnl formuliert hatte) verstanden wird. Die Formel von Georgi Dimitroff, in dem der Faschismus als die „terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ definiert wird, würden natürlich beide Autoren entrüstet zurückweisen. Der liberale Verhofstadt, da er ja als Politiker täglich die Interessen des Finanzkapitals vertritt. Aber auch der Grüne Cohn-Bendit würde sie nicht akzeptieren. Dessen Linkssein als „Roter Benny“ war ja nie mehr als eine modische anarchistische Revolte. Nein, der Faschismus war für beide das Werk des kleinen Mannes, der „Nationalisten und Populisten“ und damit der Völker.

Zu fragen ist hier aber, wie und von wem denn der deutsche Faschismus besiegt wurde. Ganz konkret: Wer hat die „Gaskammern von Auschwitz und Treblinka“ außer Betrieb

gesetzt? Dies war doch wohl in erster Linie das Verdienst der Roten Armee, die ihren nationalen Verteidigungskrieg ausdrücklich als „Großen vaterländischen Krieg“ bezeichnete. Und war es nicht die französische Résistance mit der Blau-Weiß-Roten Kokarde der Revolutionäre an den Mützen, die ihre fraternisierenden Landsleute gegen die deutschen Faschisten erst auf Trab bringen mussten? Und kämpften in Italien nicht die Partisanen u. a. in der Brigade Garibaldi, benannt nach dem großen nationalen Politiker Italiens? Sie alle und mit ihnen unzählige Widerstandskämpfer in vielen anderen europäischen Ländern, riskierten und opferten ihr Leben, um ihre Nationen aus dem Völkergefängnis zu befreien, das der deutsche Faschismus in Europa für sie errichtet hatte. Übrigens: Das faschistische Europa war von seinen ökonomischen Prinzipien her der heutigen EU gar nicht mal so unähnlich.

Das von Cohn-Bendit und Verhofstadt gezeichnete Bild stimmt daher mit der geschichtlichen Realität keineswegs überein.

Was aber ist eine Nation? Zur Beantwortung dieser Frage sollten wir an die französische Revolution anknüpfen, schließlich ist mit ihr überhaupt erst die moderne Nation, wie wir sie heute kennen, entstanden.

Ich will hier den großen marxistischen Historiker Eric Hobsbawm zitieren, der in seinem Buch *Nationen und Nationalismus, Mythos und Realität seit 1780* über das Zeitalter der bürgerlichen Revolution gesagt hat: „Wenn die Nation unter dem volksrevolutionären Aspekt überhaupt etwas gemein hatte, dann war es in einem grundlegenden Sinne nicht die ethnische Zugehörigkeit, Sprache und dergleichen, obgleich auch sie Zeichen einer kollektiven Zugehörigkeit sein konnten.“ Das eigentliche Kennzeichen der Nation als Volk war vielmehr, dass sie 'das Allgemeininteresse gegenüber den Partikularinteressen repräsentierte, das Gemeinwohl gegenüber den Privilegien (...)' Und über die Verwendung des Volksbegriffs in der Französischen Revolution heißt es bei ihm: 'Insbesondere gab es keinen schlüssigen Zusammenhang zwischen dem Verbund der Staatsbürger eines Territoriums auf der einen Seite und der Identifikation einer Nation anhand ethnischer, sprachlicher oder anderer Kriterien oder von anderen Merkmalen auf der anderen, die eine kollektive Gruppenzugehörigkeit ermöglichten. Man hat sogar behauptet, dass die Französische Revolution aus diesem Grund dem Nationalitätsprinzip oder Nationalgefühl völlig fremd, ja eigentlich feindlich gegenüberstand.“<sup>[3]</sup>

Dazu passt die Tatsache, dass während der Revolution und damit bei der Geburt der modernen französischen Nation die Mehrheit der Bevölkerung gar nicht Französisch sprach. Und dazu passt auch, dass in kaum einem anderen Landesteil die Revolution derart enthusiastisch begrüßt wurde, wie im deutschsprachigen Elsass. Es war daher auch alles andere als Zufall, dass dort die Marseillaise entstand.

Eine Nation zeichnet sich dadurch aus, ich zitiere noch einmal Hobsbawm - dass sie das „Allgemeininteresse gegenüber den Partikularinteressen repräsentiert, das Gemeinwohl gegenüber den Privilegien“ - ich meine, das sollte auch unser Verständnis von einer Nation sein. Es ist ein fortschrittliches Verständnis. Und das müssen wir heute verteidigen!

Sowohl die französische Revolution wie auch die aus ihr hervorgegangene Nation werden genau aus diesem Grund von Reaktionären und Faschisten gehasst. Oswald Spengler schreibt im Jahr 1933 voller Schauder über sie: „Leute vom Typ wie Jahn und Arndt konnten sich nicht vorstellen, dass es die Gleichheit war, die zum ersten Mal bei den Septembermorden von 1792 den Ruf Vive la nation ertönen ließ“. Und Alfred Rosenberg, der Rassenideologe der NSDAP, verurteilt die „Begeisterung für den Nationalismus an sich“. Erst einmal verallgemeinert, diene die „Losung vom Selbstbestimmungsrecht der Völker“ allen „minderwertigen Elementen auf diesem Erdball, für sich Freiheit zu beanspruchen“. (99)

Und wie dachte Hitler über die Nation, hat er doch diesen Begriff permanent im Munde geführt? Georg Lukács zitiert in seinem Werk *Die Zerstörung der Vernunft* die Aussage des in die USA geflüchteten ehemaligen Danziger Nazi-Führers Rauschnig. Hitler hat sich in Gesprächen mit Rauschnig wie folgt über die Bedeutung von Nation und Rasse geäußert: „Die Nation ist ein politischer Ausdruck der Demokratie und des Liberalismus. Wir müssen diese falsche Konstruktion loswerden und an ihre Stelle die Konzeption der Rasse setzen, die politisch noch nicht verbraucht ist. ... Die Aufgabe sei die Zerstörung der nationalen Grenzen. 'Mit der Rassenkonzeption kann der Nationalsozialismus seine Revolution durchführen und die Welt umstülpen.'“ Lukács folgert daraus: „Es ist hier deutlich, dass für Hitler in der Rassentheorie nur ein ideologischer Vorwand gefunden wurde, um die Eroberung und Unterjochung ganz Europas, die nationale Vernichtung der europäischen Völker vor den Massen anziehend und plausibel zu machen.“[4]

Nun hat der Imperialismus immer versucht, den Nationenbegriff für sich zu vereinnahmen und für seine Ziele zu nutzen. Das tat nicht nur der deutsche Imperialismus, insbesondere in seiner faschistischen Phase, Auch der französische und britische, und heute vor allem der US-amerikanische Imperialismus berufen sich stets auf die Nation.

Sollten wir daher den Begriff Nation nicht mehr benutzen? Sollten wir ihn besser aus unserem Sprachgebrauch entfernen, wie es mir mein Facebook Freund geraten hat?

Doch ist es nicht so, dass es ständig ideologische Kämpfe um Begriffe gibt, denen wir nicht ausweichen können? Nehmen wir nur den Begriff der „Demokratie“. Er stand ursprünglich wie kein Zweiter für die Werte der französischen Revolution. Im 19. Jahrhundert wurde er aber in den USA zum Kampfruf der Sklavenhalter, die damit ihr Recht auf self-governance, auf Selbstregierung, begründeten. Die Partei, die ihre Interessen im Süden der USA vertrat,

nannten sie „Demokratische Partei“. In Wahrheit war diese Demokratie aber nur ein anderer Ausdruck für ihr angemessenes Recht auf die Ausübung der Diktatur über die Farbigen. Dennoch wurde der Begriff Demokratie nie von den fortschrittlichen Kräften aufgegeben. Zu Recht nannte sich 1949 das andere, antifaschistische Deutschland Deutsche Demokratische Republik!

Oder nehmen wir den großen Begriff der Menschenrechte. Die Erklärung der Menschenrechte war ein Meilenstein in der Geschichte der Zivilisation. In der *Internationale* heißt es bekanntlich: „Und erkämpft das Menschenrecht ...“ Heute aber werden im Namen der Menschenrechte imperialistische Kriege geführt. Und dennoch müssen wir doch auch an diesem Begriff festhalten. Für diesen unvermeidlichen Kampf um Begriffe ließen sich noch viele weitere Beispiele nennen.

So wie wir an den Begriffen Demokratie und Menschenrechte unbedingt festhalten müssen, so müssen wir auch den Begriff der Nation weiterhin für uns reklamieren. Auch heute gilt der Aufruf von Georgi Dimitroff auf dem VII. Kongress der Kommunistischen Internationale. Er appellierte damals leidenschaftlich an die Revolutionäre, ihren gegenwärtigen Kampf mit den - so wörtlich „revolutionären Traditionen ihres Volkes in der Vergangenheit zu verknüpfen“, den „nationalen Nihilismus“ zurückzuweisen, und „alles, was in der historischen Vergangenheit wertvoll ist“ kritisch wiederzugewinnen.

Doch was ist mit Deutschland? So mögen jetzt manche fragen. Gilt das Gesagte auch für unser Land? Gibt es nicht einen „deutschen Sonderweg“, der es ein für alle Mal aus dem Kreis der fortschrittlichen Nationen ausgeschlossen hat? Und ist nicht durch das Wüten der Faschisten eine fortschrittliche Bezugnahme auf „national“ und „deutsch“ für immer unmöglich gemacht worden? Und hatte nicht mein Facebook Freund deshalb hinzugefügt: „Gerade in Deutschland“.

Als Antwort darauf zitiere ich hier eine Passagen aus dem Buch „Die Deutschen - Sonderweg eines unverbesserlichen Volkes?“ des italienischen Philosophen Domenico Losurdo: „Die Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei‘ bezeichnete sich als ‘national‘ und ‘deutsch‘ und so werden diejenigen, die von Nation reden, verdächtigt, die Sprache des Dritten Reiches wiederaufzunehmen. In Wahrheit wollte die Partei Hitlers nicht die der ‘Deutschen‘, sondern die der ‘Arier‘ sein und dies bedeutete von Anfang an ein radikales Auseinanderreißen der deutschen Nation. Ausgeschlossen und verfolgt wurden die ‘Rheinlandbastarde‘ (die Kinder, die aus der Verbindung zwischen Soldaten afrikanischer Herkunft der französischen Besatzungstruppen und deutschen Frauen geboren worden waren), die Juden, die Zigeuner, alle diejenigen, die sich der ‘Rassenschande‘ schuldig gemacht hatten, wenn sie sich mit den niedrigen Rassen einließen. Ausgeschlossen wurden schließlich die Sozialisten, Kommunisten und alle diejenigen, die sich ebenfalls als ‘Art-‘

und 'Rassenfremde' erwiesen, wenn sie die 'Rassenschande' begünstigten oder duldeten.

'Nation' und 'Rasse' sind keineswegs dasselbe. Die erste gründet auf der Idee der Gleichheit der Bürger, die zweite auf der Idee der Ungleichheit.“[5]

In dem Buch „Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier“, aufgezeichnet von Henry Picker, wird eine Äußerung von Hitler über die Aufgabe der NSDAP wiedergegeben: „Er habe deshalb der NSDAP als der Trägerin des Zusammenschlusses aller Germanen von vornherein ein neues Symbol gegeben, das auch das Symbol aller Germanen werde.“[6] Wohl gemerkt: Aller Germanen! Nicht aller Deutschen!

In der DDR war man sich der Aufgabe bewusst, der deutschen Nation nach den Verbrechen der Faschisten einen neuen, anderen Weg zu weisen. Bereits unmittelbar nach der Befreiung, im Jahr 1945, erschien im Verlag El Libro Libre in Mexiko und dann 1946 im Aufbau-Verlag in Berlin das Buch „Der Irrweg einer Nation“ des kommunistischen Politikers und Redakteurs Alexander Abusch. Abusch hatte nach seiner Flucht aus Deutschland in der französischen Résistance gekämpft, war verhaftet worden, konnte aber nach Mexiko entkommen. In der DDR war er später leitender Funktionär des Demokratischen Kulturbundes.

Im Vorwort des Buches heißt es: „Doch Hitlers Ende auf dem Trümmerfeld Deutschlands ist nicht das Ende der deutschen Nation, so tief auch ihr Absturz sein mag.“[7] Das Buch macht es sich zur Aufgabe, aufzuzeigen, dass es in der deutschen Geschichte sehr wohl starke revolutionäre und demokratische Bewegungen gab, an die es anzuknüpfen lohnt. Ausdrücklich würdigt Abusch Karl Liebknecht, jenen Revolutionär, von dem viele heute nur noch wissen, dass er einmal gesagt hat: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“. Wobei viele diese auch heute noch richtige Aussage leider sehr falsch verstehen in dem Sinne, dass der „Hauptfeind“ *das* eigene Land sei. Ich zitiere aus dem Buch „Der Irrweg einer Nation“: „Im Namen des Volkes trat er (Liebknecht, A.W) den feudalen Großagrariern und den Kanonenkönigen gegenüber. Im Namen des Volkes entlarvte er die Korruption und die politischen Pläne der selbstsüchtigen Verderber der deutschen Nation. Er, der sich als ein Kämpfer der internationalen Arbeiterbewegung fühlte, brach im Namen des Sozialismus und zugleich aus Treue zur Sache der deutschen Demokratie die Disziplin der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.“

Und weiter: „Der Untersuchungsgefangene steigerte in seinen Eingaben an das Kommandanturgericht seine Anklage: 'Der Landesverrat war seit je ein Privilegium der herrschenden Klassen, der Fürsten und Aristokraten, zu deren vornehmster Geschichtstradition er gehört. Die wirklichen Landesverräter sitzen heute noch nicht auf der Anklagebank, sondern in den Kontoren der Schwerindustrie, den Rüstungsfirmen, den Großbanken, auf den Rittergütern der agrarischen Junker; sie sitzen an der Moltkebrücke,



in der Wilhelmstraße und Unter den Linden, in den Minister- und Prinzenpalais, in den Fürstenschlössern und auf den Thronen.[8]

Die DDR ist stets dem Appell von Dimitroff gefolgt, wonach es notwendig ist, „alles, was in der historischen Vergangenheit (in einer Nation) wertvoll ist“ kritisch wiederzugewinnen.

Die DDR wurde zur Heimstatt für Künstler wie Bertolt Brecht, Hanns Eisler, Johannes R. Becher, Heinrich Mann, Anna Seghers und viele andere, die sich zu ihr bekannten, weil in der DDR das fortschrittliche nationale Erbe geachtet, gepflegt und weiterentwickelt wurde.

In der DDR bekannte man sich auch selbstbewusst zu Volk und Nation. Dafür standen Begriffe wie Volkskammer, Nationale Front, Volkspolizei, Nationalpreis, Nationale Volksarmee, um hier nur einige zu nennen. Und wir im Westen lasen die *Deutsche Volkszeitung*.

Es gibt auch heute für uns keinen Grund dafür, den Begriff Nation *nicht* positiv zu besetzen und auch so zu verwenden.

Nachtrag:

Der oben angesprochene "facebook-Freund" hat sich inzwischen bei mir gemeldet. Ihm ist es wichtig, folgende Richtigstellung vorzunehmen:

In der Tat hatte ich auf Andreas' Mail vorläufig nicht mehr geantwortet und ist unser Treffen damals nicht zustandegekommen. Das hatte jedoch keinerlei inhaltliche Gründe, sondern es lag schlichtweg an schlechter Organisation meinerseits. Es war von meiner Seite aus nie geplant, den Kontakt zu Andreas abubrechen. Im Gegenteil: Andreas und ich sind über verschiedene Kanäle auch inhaltlich miteinander verbunden. Unsere Positionen auch zur nationalen Souveränität sind sehr eng beieinander (namentlich sind wir beide Anhänger der Plan B-Strategie in der Euro- und EU-Diskussion), und unser Dissens besteht lediglich in der Frage, welche Begriffe zu welchem Zweck verwendbar sind. Aber auch unabhängig davon, welche Position wer vertritt oder welche Begriffe wer gebraucht: Ich würde niemals wegen solcher Fragen einen Kontakt abbrechen. Inzwischen konnten Andreas und ich das Missverständnis ausräumen - und unser erstes Treffen wird auf jeden Fall stattfinden.

[1] Andreas Wehr, *Der Europäische Traum und die Wirklichkeit*, 2013, Köln, S. 90

[2] Andreas Wehr, a. a. O., S. 99

[3] Andreas Wehr, a.a.O., S. 99 f.

[4] Georg Lukács, Die Zerstörung der Vernunft, Band III, Darmstadt, 1974, S. 161 f.

[5] Domenico Losurdo, Die Deutschen - Sonderweg eines unverbesserlichen Volkes? Berlin, 2010, S. 98 f.

[6] Henry Picker, Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier, Berlin, 1997, S. 277 f.

[7] Alexander Abusch, Der Irrweg einer Nation, 1946, Berlin, S. 6

[8] Alexander Abusch, a.a.O., S. 221 f.